

Iranisches Nuklearprogramm – israelische Drohpolitik – deutsche Verantwortung?

„Ich bin bereit, den Knopf zu drücken“, so Benjamin Netanjahu im November letzten Jahres. Einmal mehr bekundete Israels Premier seinen Willen zum Militärschlag gegen das iranische Nuklearprogramm. Ein Recht der Staaten zur „präventiven“ Selbstverteidigung bzw. zum „präventiven“ Abrüstungskrieg gegen eine mögliche künftige Bedrohung kennt das Völkerrecht nicht. Gleichwohl sind die Befürchtungen Israels vor einem atomar bewaffneten Iran nicht aus der Luft gegriffen: Zweifel an der ausschließlich zivilen Bestimmung seiner Nuklearanlagen sind bis heute nicht ausgeräumt. Hinzu kommt die scharfe anti-israelische Polemik seines Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Wenngleich der Konflikt zwischen Teheran und Jerusalem konjunkturellen Schwankungen unterliegt, so befindet er sich doch seit geraumer Zeit auf der politischen Agenda. Daran dürfte sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Ungeachtet des tagespolitischen Konfliktbarometers möchte S+F deshalb grundsätzliche Probleme zur Diskussion stellen: Was bedeutet Berlins historisch begründete Verantwortung für Israel? Was verlangt sie angesichts einer Bedrohung, die die politische Führung in Jerusalem als existentiell einstuft? Diesen Fragen widmen sich die beiden Autoren aus Deutschland. Und: Welche Ursachen liegen hinter den Drohgebärden gegenüber Iran? Diesem Aspekt spürt ein Autor aus Tel Aviv nach. Allen Verfassern gilt Dank, dass sie sich der Herausforderung gestellt haben – trotz Ungewissheit, wie die Lage in der Region beim Erscheinen des Forums aussehen wird.

Sabine Jaberg

Im Falle eines Krieges an der Seite Israels. Der deutsche Beitrag bliebe aber begrenzt

Carlo Masala

Wie lässt sich die deutsche Politik gegenüber Israel mit Blick auf das iranische Nuklearprogramm bewerten? Gibt es zu ihrer gegenwärtigen Ausrichtung Alternativen? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es zunächst notwendig, die israelische Iran-Politik in ihren Grundzügen darzustellen, um danach auf die deutsche Politik einzugehen.

Wenden wir uns zunächst der israelischen Iran-Politik zu, so sind sechs Punkte zu bilanzieren:

- Unabhängig von der akademischen Frage, ob das israelische Bedrohungsszenario konstruiert ist oder nicht, bleibt festzustellen, dass es in Israel einen überwältigenden Konsens in der politischen Elite, aber auch in der Gesellschaft gibt, dass ein nuklear bewaffneter Iran eine existentielle Bedrohung für Israel darstellen würde.
- Es entspricht, wie Emanuel Adler, Emily Landau und andere herausgearbeitet haben, der israelischen Sicherheitskultur, dass Israel auf alle möglichen Bedrohungen mit Blick auf seine Sicherheit in der Lage sein muss, diesen ggf. alleine zu begegnen. Dies bedeutet *in concreto*, dass in Israel die Bereitschaft besteht, Teile des iranischen Nuklearprogramms – wenn nötig – alleine zu zerstören.
- Dies führt zu dem dritten Punkt. Es herrscht in Israel einhellig die Auffassung, dass es nicht darum geht, das iranische Nuklearprogramm vollständig zu eliminieren, sondern durch die gezielte Zerstörung einiger Anlagen zu verzögern. Wir wissen heute, dass die Bombardierung des irakischen Nuklearreaktors Osiriak 1981 in der Annahme erfolgte, das irakische Nuklearprogramm um sechs bis achtzehn Monate aufzuschieben zu können.
- Es ist der Regierung Netanjahu gelungen, die Obama-Administration öffentlich auf einen möglichen militärischen

Konfrontationskurs festzulegen. Durch Obamas Äußerung im September, dass seine Administration kein *containment* eines nuklear bewaffneten Irans plane, verbleiben nur noch zwei Optionen. Entweder, der Iran gibt im Rahmen der diplomatischen Bemühungen seine nuklearen Ambitionen auf, oder es wird zu militärischen Maßnahmen gegen iranische Nuklearanlagen kommen.

- Sollte die Obama-Administration – was eigentlich nicht zu erwarten, aber auch nicht vollständig auszuschließen ist – sich doch zu einem Kurswechsel verstehen und die militärische Option vom Tisch nehmen, wird Israel diese unilateral durchführen.
- Die große Unbekannte, sollte es zu militärischen Aktionen gegen das iranische Nuklearprogramm kommen, bleibt die Fähigkeit des Iran zur Vergeltung. Gegenwärtig erscheint diese jedoch eher begrenzt. Es ist nicht anzunehmen, dass der engste Verbündete Teherans, Syrien, auf Grund seiner innenpolitischen Schwierigkeiten in der Lage sein wird, dem Regime zu Hilfe zu eilen. Die Hamas, lange Zeit ein iranischer Proxy, orientiert sich zusehends an der ägyptischen Muslimbruderschaft, die ihrerseits kein Interesse an einer direkten Konfrontation mit Israel hat. Und auch die Hisbollah müsste im Falle einer aktiven Unterstützung des Iran mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen, die ihre Stellung als dominante politische Kraft im Libanon bedrohen könnte. Im Zuge des Krieges gegen die Hamas im November 2012 hat sich zudem gezeigt, dass das Raketenabwehrsystem *Iron Dome* in der Lage war, einen Großteil der von der Hamas abgefeuerten Raketen (nach israelischen Angaben ca. 85 Prozent) zu zerstören.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: Sollten die diplomatischen Bemühungen scheitern, den Iran von der militärischen Komponente seines Nuklearprogramms abzubringen, dann stehen die Zeichen im Nahen Osten auf Krieg. Wenn diese Annahme stimmen sollte, dann stellt sich die Frage, welche Konsequenzen hieraus für die deutsche Außenpolitik gegenüber Israel resultieren.

Es gehört zu den Standardtopoi der außenpolitischen Rhetorik der Bundesrepublik Deutschland, dass eine besondere historische Verpflichtung gegenüber Israel – vor allem mit Blick auf sein Existenzrecht und seine Sicherheit – besteht. Im März 2008 bezeichnete Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset das Existenzrecht Israels als einen Teil deutscher Staatsräson. Mit diesem Grundsatzbekenntnis ging sie weiter als sämtliche ihrer Vorgänger. Allerdings wurde seitdem nie definiert, was dies konkret bedeuten würde. Aus der Staatsräsonlehre lässt sich nur ableiten, dass Staatsräson immer auf den Staat als Abstraktum abzielt, unabhängig von seiner jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Situation.

Aber auch in ihrer konkreten Politik setzt die Regierung Merkel in ihrer Unterstützung für den Staat Israel neue Maßstäbe. Die auf israelische Bitte erfolgte Mitwirkung der deutschen Marine an der UNIFIL II Mission im Libanon 2006 ist hier hervorzuheben. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich deutsche Soldaten an einer friedenserhaltenden Mission im Nahen Osten. Damit ist für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine historische Zäsur eingetreten. Auch die Lieferung deutscher U-Boote an Israel, damit dieses seine nukleare Zweitschlagfähigkeit ausbauen kann, steht zwar in der Kontinuität deutscher Außenpolitik, ist aber in Zeiten, in denen Israel vor der größten existentiellen Herausforderung seiner Geschichte steht, ein deutliches Zeichen für das, was in Berlin Ertüchtigung von Partnern genannt wird: Israel in die Lage zu versetzen, sich selbst schützen zu können.

Was bedeutet aber der Satz, die Existenz Israels sei Teil der deutschen Staatsräson, wenn es zu einer begrenzten oder gar umfassenden militärischen Eskalation zwischen Israel und dem Iran kommen sollte? Meines Erachtens nicht viel. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an der Verteidigung Israels zwar aktiv beteiligen, diese Beteiligung dürfte jedoch über die Entsendung von Patriots, der ABC-Abwehrtruppe und ggf. fliegenden und schwimmenden Krankenhäusern nicht hinausgehen, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen verfügt die Bundeswehr über wenig Expertise, die in den israelischen Streitkräften nicht ohnehin bereits vorhanden wäre, und zum anderen würde – so meine Annahme – eine aktivere Beteiligung keine mehrheitliche Zustimmung bei der deutschen Bevölkerung erfahren. Ein Großteil der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit dürfte einer militärischen Aktion Israels oder der USA zusammen mit den israelischen Streitkräften ablehnend gegenüberstehen. Somit würde sich jegliche Unterstützung Israels im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Meinung und realpolitischer Notwendigkeit bewegen. Sicherlich würde die Bundesrepublik Deutschland ihre sehr guten Kontakte zu diversen Regierungen in der Region (und im Arabischen Golf) sowie ihre guten Verbindungen zu wichtigen nichtstaatlichen Akteuren (wie z.B. der Hisbollah) nutzen, um mögliche horizontale Eskalationen zu verhindern bzw. einzudämmen. Mithin gibt es mit Blick auf die deutsche Israel-Politik keinen Anlass zu friedensbewegter Hysterie.

Auch in einer anderen Frage erweisen sich Befürchtungen hinsichtlich eines paradigmatischen Wechsels deutscher Israel-Politik als unbegründet. Die von Kanzlerin Merkel demonstrativ betriebene öffentliche Solidarität mit Israel darf nicht

dahingehend interpretiert werden, dass diese eine unkritische Unterstützung israelischer Politik im Nahen Osten zur Folge hätte. Im Gegenteil. Hinsichtlich der israelischen Siedlungspolitik und auch mit Blick auf die fehlende Bereitschaft der gegenwärtigen israelischen Regierung, Fortschritte in der Zwei-Staaten-Lösung zu erzielen, zeigt sich die Regierung Merkel sehr entschlossen. Beides liegt nicht im deutschen Interesse und wird gegenüber den israelischen Partnern auch mit aller Deutlichkeit kommuniziert. Mithin lässt sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Israel-Politik nicht in ihrer Souveränität beschneiden. Dies gilt auch für das unlängst seitens Israels eingeforderte Vetorecht über deutsche Rüstungsexporte in den Nahen Osten. So sehr israelische Sicherheit Bestandteil deutscher Staatsräson sein mag, so liegen die Grenzen dort, wo sie die eigene staatliche Souveränität einschränken.

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein Interesse an einem Krieg im Mittleren und Nahen Osten – sei er begrenzt oder umfassend. Sollte es aber dazu kommen, dann wird Deutschland sich an die Seite Israels stellen. Allerdings wird es Unterstützung nicht in dem Ausmaß gewähren, wie dies manche Kritiker der deutschen Israel-Politik befürchten. Denn dazu fehlt es an öffentlicher Unterstützung und an politischer Bereitschaft. Vielmehr wird sie sich in dem oben skizzierten begrenzten Umfang abspielen. Ob Israel die angebotene Hilfe aus Deutschland dann annimmt oder nicht, steht auf einem anderen Blatt.

Dr. Carlo Masala ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in München.

Für kritische Solidarität. Israel muss das Völkerrecht achten

Margret Johannsen

Die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gehen ursächlich auf den Völkermord Nazideutschlands an den europäischen Juden zurück. Im Lichte seiner historischen Verantwortung orientiert sich Deutschland an der Maxime, der Sicherheit Israels den höchsten Rang in der Gestaltung seiner Nahostpolitik zuzuweisen. Israels Sicherheit sei deutsche Staatsraison, lautet hierfür die Formel. Doch unter der Last seiner Schuld scheint die Politik außerstande, das Verhältnis zu Israel in einer Weise zu gestalten, die dessen Sicherheit vor existenzieller Bedrohung und zugleich dem Frieden im Nahen Osten dient. Die Zusicherung unbedingter Loyalität gegenüber dem Staat Israel kann sich auf einen überparteilichen Konsens stützen. Zwar schließt dieser Differenzen im Detail nicht aus, etwa wenn es um die Positionierung Deutschlands zu UN-Resolutionen oder um Beschlüsse des Europaparlaments geht, die als israelkritisch gelten, weil sie Anstoß an der israelischen Besatzungspolitik nehmen. Aber der Diskurs in Berlin ist stark von der aus dem Holocaust abgeleiteten Verpflichtung geprägt, für die Sicherheit des jüdischen Staats einzustehen. Dabei wird immer wieder auf dessen prekäre Lage in der Region hingewiesen, als deren Verursacher einerseits hybride Gewaltakteure, andererseits die Islamische Republik Iran gelten. Die

Bedrohungsszenarien sind dabei sehr unterschiedlicher Natur. Während die libanesische Hisbollah oder palästinensische Milizen mit Kurzstreckenraketen primitiver Bauart „lediglich“ die Sicherheit der Bevölkerung in den israelischen Grenzregionen in Frage stellen, gelten die nuklearen Ambitionen Irans weithin als existenzielle Gefährdung des Gesamtstaates Israel.

65 Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung kann Israel nicht auf die unumstrittene Anerkennung seiner staatlichen Legitimität in der Region rechnen. Seine Grenzen sind nur teilweise durch Friedensverträge völkerrechtlich festgelegt. Mit einigen Kriegsteilnehmern des ersten Nahostkriegs 1948/49 befindet sich das Land formell noch immer im Kriegszustand. Unabhängig von der Natur der völkerrechtlichen Beziehungen ist Israel überdies bei seinen arabischen Nachbarn unpopulär bis verhasst.

Als strategische Konsequenz aus seiner prekären Lage setzt Israel auf eine Politik der „offensiven Verteidigung“. Sie basiert materiell auf einer hochentwickelten Waffenindustrie, einer rasch mobilisierbaren Wehrpflichtigen-Armee und der Unterstützung aus dem befreundeten Ausland mit Finanzmitteln und modernstem Kriegsgerät. Die Zeit der großen israelisch-arabischen Kriege ist zwar seit 1973 vorbei. Doch an die Stelle der einstigen Bedrohung durch konventionell bewaffnete arabische Streitkräfte ist die Herausforderung durch asymmetrische Kriegführung getreten, gegen die Israel seine militärische Stärke nur bedingt zur Wirkung bringen kann. Weder gegen eine Politik der militärischen Nadelstiche noch zur Verhinderung nuklearer Proliferation in der Region ist die israelische Kriegsmaschinerie einschließlich der Nuklearwaffen einsetzbar.

Zu dieser Situation, in der Israel um die Anerkennung seines Existenzrechts bangt, hat es seit 1967 durch die andauernde Besetzung arabischen Territoriums und insbesondere durch dessen Besiedlung selbst erheblich beigetragen. Die feindseligen Gefühle in seiner Nachbarschaft sind gewiss nicht frei von antisemitischen Stereotypen. Aber das Ausmaß ihrer Mobilisierbarkeit für anti-israelische Agenden ist überwiegend mit der Palästinalpolitik Israels erklärlich. Der unter den Kürzeln Madrid und Oslo firmierende Friedensprozess hat an dieser Situation nichts Entscheidendes geändert.

In der Antwort auf die Torpedierung des nahöstlichen Friedensprozesses durch den israelischen Siedlungsbau haben sich deutsche Regierungen gleich welcher Couleur im Vergleich mit anderen europäischen Staaten stets auffällig zurückgehalten. Die jahrelangen Versuche der Europäischen Union, zumindest den Missbrauch des Assoziierungsabkommens durch die Deklaration von Waren aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten als „*made in Israel*“ wirksam zu unterbinden, sind in Berlin stets auf die Drohung mit einem Veto gestoßen.

Es waren die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, die für die Begründung dieser Politik erhalten mussten. Die Frage nach der Ausübung politischen Drucks auf Israel, der auch den Palästinensern signalisiert hätte, dass die EU das Völkerrecht im israelisch-palästinensischen Konflikt hochhält, rührt ganz offenbar in Berlin an ein Tabu. Wer in der Öffentlichkeit fordert, das Fehlverhalten Israels zu sanktionieren, muss damit rechnen, von selbsternannten

Freunden Israels als Israelhasser bezeichnet zu werden oder schlimmstenfalls sogar als Antisemit zu gelten. Erst mit ihrer Ankündigung, östlich von Jerusalem mehrere tausend neue Wohneinheiten bauen zu wollen, scheint die israelische Regierung die Geduld der EU überstrapaziert zu haben. Diese Provokation, von Benjamin Netanjahu als Antwort auf die Aufwertung Palästinas in den Vereinten Nationen deklariert, hat in Brüssel ungewöhnlich scharfe Reaktionen hervorgerufen. In Sorge um die Aussichten für eine verhandelte Zwei-staatenlösung äußerte der EU-Ministerrat am 10. Dezember 2012 „tiefe Bestürzung und nachdrücklichen Widerspruch“. Die Bundesregierung verhinderte die Brüsseler Wortwahl diesmal nicht. Doch mehr als verbaler Protest scheint immer noch nicht möglich, obwohl die israelischen Verstöße gegen Geist und Wortlaut des Assoziationsabkommens durchaus Anlass für wirksame Maßnahmen böten.

Die israelisch-iranischen Beziehungen sind gänzlich anderer Natur als die israelisch-arabischen. Israel und Iran haben noch nie Krieg gegeneinander geführt. Es gibt zwischen ihnen keinen territorialen Streit. Dennoch fühlt Israel sich bedroht. Das Nuklearprogramm Irans ist der eine Grund, die aggressive Rhetorik seines Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad der andere. Es ist umstritten, ob sich die Spitzen speziell gegen Israel als Besatzungsmacht richten oder ob sie grundsätzlich sein Recht auf eine gesicherte staatliche Existenz bestreiten und insofern exterminatorischen Charakter aufweisen. Ungeachtet dieses linguistischen Streits sind sich die Führungsgremien aller Parteien des Deutschen Bundestags einig in ihrer Distanzierung von der ambivalenten Rhetorik des iranischen Präsidenten und bekennen sich angesichts der israelischen Bedrohungsängste zur Solidarität mit Israel.

Israels strategische Entscheidungen über den Umgang mit der – realen oder vermeintlichen – Bedrohung scheinen für die deutsche Politik mehr oder weniger sakrosankt. Jedenfalls kommen aus Berlin keine wahrnehmbaren Signale, dass sich die Bundesregierung kritisch mit der kriegerischen Rhetorik der israelischen Regierung auseinandersetzt. Neu ist diese Abstinenz allerdings nicht. Erinnerung sei nur an die Antwort des vormaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der die Nachfrage zu den Lieferungen potenziell atomwaffenfähiger U-Boote mit der knappen Replik beschied, Israel bekomme, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit brauche. Eine solche Haltung verstößt nicht nur gegen Nichtverbreitungsverpflichtungen sowie gegen den Grundsatz deutscher Außenpolitik, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Sie macht sich überdies Israels Sicht zu eigen, dass im Vorderen Orient – anders als es die Erfahrungen mit der Bändigung des Ost-West-Konflikts nahelegen – Sicherheit auch einseitig zu erlangen sei.

Doch Solidarität darf nicht bedeuten, die Drohpolitik, mit der die Regierung in West-Jerusalem sogar Barack Obama vor den Präsidentschaftswahlen in Bedrängnis brachte, kritiklos hinzunehmen. Sicherlich lässt sich gegen Deutschland hier nicht der Vorwurf der Kriegstreiberei erheben, gegen Teile der israelischen Regierung hingegen schon. Sie sehen im Krieg gegen Iran ein legitimes wie erfolgversprechendes Mittel zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit. Die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Israel, die sich dagegen wenden, sollten in Berlin ein offenes Ohr finden. Je weniger Unterstützung die Hardli-

ner für ihren Kurs reklamieren können, umso besser stehen die Chancen für eine Verhandlungslösung. Als konzeptionelle Alternative zur Abschreckungsdominanz kann regionale Rüstungskontrolle den Boden dafür bereiten. Auf diesem Terrain verfügt Deutschland über hochentwickelte institutionelle und personelle Kompetenz. Sie zur Verfügung zu stellen wäre praktizierte Solidarität und der Sicherheit Israels allemal zuträglicher als das laute Schweigen zu seiner Drohpolitik.

Vielleicht ist der Zug aber schon abgefahren und die Welt wird sich auf einen atomar bewaffneten Iran vorbereiten müssen. Ob dies eine existenzielle Bedrohung für Israel darstellt oder lediglich die hegemoniale Ordnung in der Region verändert, ist derzeit eine Frage der Spekulation. Bei aller Kritik bleibt aber auch festzuhalten, dass Israel bisher mit seiner eigenen Nuklearkoption verantwortungsvoll umgegangen ist. Es hat nie offen mit dem Einsatz seines umfangreichen und ausdifferenzierten Arsenal gedroht – wie sollte es angesichts seiner Doktrin der nuklearen Ambiguität auch anders sein, die geradezu auf der Ungewissheit über die atomaren Fähigkeiten beruht. Ob ein atomar bewaffneter Iran sich ebenfalls so verhalten würde, ist nicht sicher. Ebenso ungewiss ist allerdings, ob Israel seine Politik der nuklearen Zurückhaltung beibehält, sollte in der Region ein zweiter Nuklearwaffenstaat entstehen. Bisher haben sich sämtliche nuklearen Emporkömmlinge der Vorsicht befließigt, die auch die etablierten Nuklearmächte zu meist an den Tag legten. Abschreckung hieß das Zauberwort.

Ob Abschreckung in einer fragmentierten Region wie dem Vorderen Orient wirklich der Weisheit letzter Schluss sein kann, steht auf einem anderen Blatt. Die deutsche Lieferung nuklearfähiger U-Boote an Israel lässt sich als Zustimmung zu dessen Wunsch deuten, in der Region Zweitschlagfähigkeit zu erlangen. Im Ost-West-Konflikt galt gesicherte Zweitschlagfähigkeit als Gewähr gegen einen atomaren Erstschlag. Sie versprach im Falle von Wechselseitigkeit strategische Stabilität. Davon kann im Vorderen Orient auf absehbare Zeit nicht die Rede sein. Man mag einwenden, dass das nukleare Monopol Israels dem alten bipolaren Abschreckungssystem insofern stabilitätspolitisch überlegen sei, als es nicht mit dem Makel des Wettlaufs um Kriegführungsoptionen behaftet ist. Atomare Übermacht allein wird aber die Proliferation von Massenvernichtungswaffen in der Region nicht unterbinden können, da sie sich aus vielfältigen Motiven speist – etwa der Erwartung, Interventionen zum Zwecke eines Regimewechsels abzuschrecken oder den Status in den Augen der eigenen Bevölkerung zu erhöhen.

Als Israel sich anschickte, Atommacht zu werden, war es in der Tat in seiner Existenz bedroht. Man könnte sogar behaupten, dass erst die israelische Atomwaffe die arabischen Nachbarn davon überzeugte, den Staat Israel nicht mehr von der Landkarte des Vorderen Orients tilgen zu können. Diese Überzeugung lässt sich durchaus mit der Bereitschaft der arabischen Staaten verbinden, Israel anzuerkennen, wenn es Frieden mit seinen Nachbarn schließt, was vor allem eine faire Lösung des Palästinakonflikts und einen souveränen palästinensischen Staat voraussetzt.

Und so schließt sich der Kreis. Gemeinsame Sicherheit im Vorderen Orient würde den Staaten den Verzicht auf territoriale Expansion abverlangen. Diesen Verzicht hat Israel bisher nicht

geleistet. Wenn Deutschland aus seinem Verständnis von Solidarität mit Israel dessen Monopol auf nukleare Vergeltung schon billigt und unterstützt, dann müsste es zumindest deutlich machen, welchen Preis es dafür erwartet: das Völkerrecht auch mit Blick auf Iran zu respektieren und die Sabotage palästinensischer Staatlichkeit zu beenden. Das nennt man Konditionalität.

Dr. Margret Johannsen ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) sowie Mitherausgeberin des Friedensgutachtens.

Gefahr aus Teheran? Die Aufblähung des Iran resultiert aus einem Sicherheitsfetisch und diplomatischer Manipulation

Moshe Zuckermann

Merkwürdiges ist der Likud-Propaganda während ihrer Wahlkampagne zu den Knesset-Wahlen im Januar 2013 widerfahren: Als wäre die Bedrohung einer möglichen Nuklearisierung Irans in den letzten Jahren nicht das mantraartig überall in der Welt wiederholte und bis an die Grenze des Möglichen ausgereizte Ideologem Benjamin Netanjahus gewesen; als sei sie nicht sein immer wieder bemühter Anlass gewesen, unentwegt von der notwendigen Verhinderung eines „weiteren jüdischen Holocaust“ zu rasonieren – verschwand dieses Motiv bei der Wahlwerbung, wenn nicht vollends, so doch merklich von der Agenda der Spin-Doctors des Likuds. Und man wundert sich: Hatte Netanjahu bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2012 den Iran nicht als „größte Bedrohung für die Menschheit“ apostrophiert, mithin auf einer Cartoon-Zeichnung die „rote Linie“ angezeigt, welche die internationale Gemeinschaft gegen Irans Plan, eine Atombombe herzustellen, ziehen müsse? Hatte er nicht während vieler Monate des letzten Jahres (gemeinsam mit dem israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak), die Angst im öffentlichen Diskurs Israels geschürt, die Bedrohung rücke immer näher, und es sei – dieser Anschein zwang sich suggestiv auf – höchste Zeit für einen Präventivschlag der israelischen Luftwaffe gegen Iran?

Wie immer es um die reale Bedrohung durch das iranische Nuklearprogramm für Israel (und „für die Menschheit“) bestellt sein mag, darf man davon ausgehen, dass die mit marktschreierischem Pathos heraufbeschworene Handlungsdringlichkeit offenbar einer wechselhaften Konjunktur unterworfen war (und ist). Dies besagt zwar nicht, dass es nicht noch zu einem israelischen Präventivschlag kommen könnte, sehr wohl aber, dass seine vor besagter Dringlichkeit nur so überquellende Notwendigkeit zumindest relativiert werden muss. Um dies zu erklären, kommt man nicht um die Einsicht in die fremdbestimmten Beweggründe herum, die Netanjahu bei seiner Iran-Obsession anleiten. Diese beziehen sich einerseits auf einen innerisraelischen, andererseits aber auch auf einen internationalen Wirkzusammenhang.

In Israel nimmt bekanntlich die Sicherheit einen zentralen, nahezu als „geheiligt“ wahrgenommenen Stellenwert im na-

tionalen Diskurs ein. Dies hat zweifellos reale, auch historisch nachwirkende Ursachen, die mitnichten unterschätzt werden dürfen: Israel existiert nun einmal in einem feindlichen geopolitischen Umfeld, das seine Selbstwahrnehmung als ein stets bedrohtes Land, mithin eine daraus sich ableitende militaristische Mentalität im Umgang mit diesem Umfeld wesentlich geprägt hat. Auch die Shoah als historische Erfahrung einer nicht mehr zu ignorierenden fundamentalen Bedrohung von Juden als solchen fungierte von Anbeginn als Matrix der politischen Kultur Israels und bildet eine unsichtbare, gleichwohl stets gewärtige Folie jüdisch-israelischer Selbstwahrnehmung und Ausrichtung auf „die Welt“. Es sind indes nicht diese realen Ursachen, die im hier erörterten Zusammenhang eine (immerhin noch nachvollziehbare) Rolle spielen, sondern die mit perfider Effizienz ausgeübte Instrumentalisierung der zur kruden Ideologie geronnenen „Bedrohung“ und „Sicherheit“, die sich ihrerseits einer durchideologisierten Selbstviktimisierung und einem durch sie gerechtfertigten Primat der militärischen Gewaltausübung verschwistet weiß. Die trotz des über Jahrzehnte von Israel betriebenen brutalen Okkupationsregimes stets vitalisierte Selbstwahrnehmung als „Opfer“ (gegenüber der „Welt“) lässt die dieser Wahrnehmung zugrunde liegende reale geschichtliche Leid- und Bedrohtheitserfahrung zum verdinglichten Fetisch verkommen. Es ist zugleich aber auch dieser Fetischcharakter von „Sicherheit“ in Israels politischer Kultur, der Sicherheit zu einem zweckdienlichen Mittel in den Händen israelischer Regierungen geraten lässt, um alles von der politischen Tagesordnung wegzuräumen, was den Herrschenden nicht behagt: ob sozial-ökonomische Konflikte, ethnische Spannungen, national-öffentliche Probleme zwischen Religiösen und Säkularen, zwischen Juden und Arabern, zwischen Neueinwanderern und Alteingesessenen – stets werden diese dem Vorrang der „Sicherheit“, dem probaten Ideologem zur Entsorgung alles unbequem Dringlichen, unterstellt. Wenn die Kanonen donnern, schweigen nicht nur die Musen, sondern auch alles, was sich an zivilgesellschaftlichen Strukturproblemen herausgebildet und angesammelt hat. Und was konnte schon im Hinblick auf die Wahrnehmungsmanipulation der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Realität günstiger eingesetzt werden als die vermeintliche Existenzbedrohung Israels durch den Iran? Netanjahu hat sich darin als wahrer politischer Meister erwiesen.

Und nicht nur im innerisraelischen Kontext: Auch im internationalen Diskurs über die Nahostregion hat es Netanjahu in der Tat geschafft, die Kernfrage des Nahostkonflikts – die Okkupation der palästinensischen Territorien, die Expansion des israelischen Siedlungswerks und die Bemühung um eine finale Friedenslösung des Konflikts – zugunsten einer apokalyptisch aufgeblähten Wahrnehmung der Nuklearisierung des Iran von der politischen Tagesordnung zu verdrängen. Mit George W. Bush hatte er darin einen festen Gesinnungsverbündeten. Es gilt noch abzuwarten, wie sich die Dinge unter Obama entfalten werden. Die erste Amtsperiode des US-Präsidenten, die in dieser Hinsicht verheißungsvoll begann, endete nicht sehr vielversprechend. Man darf gespannt sein, was die zweite erbringen wird.

Die diplomatische Manipulationsleistung Netanjahus darf umso mehr erstaunen, als sich prominente israelische Persön-

lichkeiten aus Bereichen des Geheimdienstes und des Militärs öffentlich (und dezidiert) gegen einen von Israel eigenmächtig verübten Präventivschlag gegen den Iran geäußert haben. Nicht nur bezweifelten sie die militärische Fähigkeit Israels, eine solche Aktion ohne Zustimmung und massive Hilfeleistung seitens der USA erfolgreich abzuschließen, sondern sie malten auch recht plastisch aus, was eine solch waghalsige Operation an horrenden Folgen für die Zivilbevölkerung israelischer Großstädte zeitigen würde, wenn Iran im Gegenschlag einen mittleren regionalen Krieg in der Region entfachen würde.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings noch eine weitere Frage: Ob Iran die Herstellung einer Atombombe betreibt oder nicht, soll hier nicht erörtert werden (fraglich, ob selbst die Geheimdienste diese Frage mit Bestimmtheit zu beantworten vermögen); auch nicht, ob der Iran zum Vollzug einer solchen Unternehmung in der prognostizierten Zeit, die das Zeitfenster für eine israelische Operation mitbestimmen würde, imstande wäre. Aber gesetzt, der Iran würde es in der Tat fertigbringen, sich nuklear zu bewaffnen (eine zwar bedenkliche Vision, aber kaum bedenklicher als die Bewaffnung irgendeines anderen Landes der Nahostregion) – was veranlasst die Apokalyptiker zur Annahme, dass dies eine reale Existenzbedrohung Israels bedeuten, der Iran also die nukleare Waffe aktiv gegen Israel einsetzen würde? Man führt gemeinhin die überspannte Rhetorik Achmadinedschads als Indiz für eine solche Intention an; geht mithin davon aus, dass das Mullah-Regime keiner zweckrationalen Realpolitik fähig ist. Ob Israel sonderlich rational ist in dem, was es seit Jahrzehnten politisch betreibt (eine Politik, so rational, dass sie strukturell zur Selbstaufhebung des zionistischen Staates führen könnte), bleibe hier unerörtert. Aber es dürfte wohl für jeden, der sich mit den militärischen Machtverhältnissen im Nahen Osten befasst, außer Frage stehen, dass *jedes* Land der Region, das Israel existenzbedrohend angreifen, unweigerlich seinen eigenen Untergang mit festschreiben würde. Wohl wahr, im Extremfall kann der Iran Tel-Aviv in Schutt und Asche legen (übrigens auch ohne nukleare Bewaffnung); gleiches gilt aber auch umgekehrt für Teheran, und sollte es zum Allerschlimmsten kommen, für weite Regionen des Nahen Ostens. Meint man allen Ernstes, dass das in Teheran nicht gewusst wird? Und dass selbst einem rhetorisch sich exaltierenden iranischen Führer daran gelegen sein kann, die Existenz seines Landes aufs Spiel zu setzen? Und würde die politische Klasse Irans das zulassen? Und das iranische Volk selbst?

Es ist seit dem Einsatz von Atomwaffen am Ende des Zweiten Weltkriegs nie wieder zur Verwendung solcher Waffen gegen einen bekriegten Feind gekommen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies im Rahmen des Konflikts zwischen Israel und dem Iran zum ersten Mal wieder passieren würde. Im schlimmsten Szenario wird man sich in einem neuen Gleichgewicht des Schreckens einzurichten haben, so wie man es selbst in den angespanntesten Zeiten des Kalten Krieges zu handhaben verstand. Das wird hoffentlich selbst ein Netanjahu begreifen. Seine Drohgebärde hat der Achmadinedschads nichts vor.

Dr. Moshe Zuckermann ist Professor am Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas der Tel Aviv University sowie akademischer Leiter der Sigmund-Freud-Privatstiftung in Wien.